



komba gewerkschaft e.V. • Hopfenstraße 47 • 24103 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag**

Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses

Herrn Jan Kürschner

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Fachgewerkschaft  
für den öffentlichen Dienst

Hopfenstraße 47  
24103 Kiel

Telefon: 0431.535579-0  
Fax: 0431.535579-20

Mail: [info@komba-sh.de](mailto:info@komba-sh.de)  
Web: [www.komba-sh.de](http://www.komba-sh.de)

Vereinsregister: VR 7506 KI

Kiel, 12.02.2024

- per Mail -

**Stellungnahme: Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus – Bericht der Landesregierung – Drucksache 20/1319**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die komba gewerkschaft schleswig-holstein bedankt sich für die Möglichkeit, zum o.g. Bericht der Landesregierung Stellung zu nehmen. Zum Bericht nehmen wir wie folgt schriftlich Stellung:

**Zu Punkt 1.1.**

Wir begrüßen den Landesaktionsplan gegen Rassismus in Schleswig-Holstein, da er ein deutliches Zeichen gegen jegliche Formen von Rassismus setzt. Die aufgeführten Maßnahmen zielen darauf ab, Rassismus in allen Bereichen der Gesellschaft entgegenzuwirken und ein respektvolles Zusammenleben zu fördern. Der Plan dient als wichtige Basis zur Stärkung bestehender Initiativen gegen Rassismus und zur Initiierung weiterer Aktivitäten zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung. Die Beteiligung verschiedener Akteure aus Zivilgesellschaft, Kommunen und externen Expert:innen schafft eine breite Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung des Aktionsplans.

## **Zu Punkt 1.2.**

Es ist positiv zu bewerten, dass der Landespräventionsrat und das Landesdemokratiezentrum mit der ressortübergreifenden Koordination beauftragt wurden. Insbesondere die Information und Sensibilisierung in den Ressorts sowie die breite Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind wichtige Schwerpunkte des Rollouts. Zwei zusätzliche Handlungsempfehlungen könnten sein: 1) Die regelmäßige Evaluation und Überprüfung der umgesetzten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass sie effektiv sind und Rassismus nachhaltig bekämpfen. 2) Die Zusammenarbeit mit Schulen und Bildungseinrichtungen, um Rassismus von Anfang an entgegenzuwirken und eine Kultur der Vielfalt und Toleranz zu fördern.

## **Zu Punkt 2.1.**

Die Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle Antirassismus beim Landesdemokratiezentrum wird von der Gewerkschaft begrüßt, da sie eine zentrale Rolle bei der Koordination und Organisation des Umsetzungsprozesses des Landesaktionsplans gegen Rassismus spielt. Die regelmäßigen Treffen im Rahmen des Jour fixe bieten eine gute Möglichkeit für den interministeriellen Austausch und die Klärung übergeordneter Fragestellungen. Die breite Öffentlichkeitsarbeit, die im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus erfolgt, trägt zu einer stärkeren Bewusstseinsbildung für das Thema bei und wird positiv bewertet. Aufgrund der Pandemie-Einschränkungen konnten Informationsveranstaltungen und Sensibilisierungsworkshops im Rahmen des Rollouts nicht wie geplant stattfinden. Es sollte daher darauf geachtet werden, angemessene Alternativen anzubieten.

## **Zu Punkt 2.2.**

Wir begrüßen die ressortübergreifenden Maßnahmen im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus. Insbesondere die Ersetzung des Begriffs "Rasse" in Landesgesetzen und -verordnungen sowie im Sprachgebrauch der Landesregierung ist ein wichtiger Schritt, um eine klare Abgrenzung von rassistischen Theorien zu gewährleisten. Es ist außerdem erfreulich, dass auf Bundesebene eine Debatte über die Streichung des "Rasse"-Begriffs im Grundgesetz stattfindet. Die Verlängerung der Projektfinanzierung im Bereich der Antirassismussarbeit ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, um eine nachhaltige und kontinuierliche Arbeit zu ermöglichen. Es wird jedoch empfohlen, die längerfristige Förderung weiter auszuweiten, um eine hohe Fluktuation unter den Projektmitarbeitenden zu vermeiden. Die verstärkte Nutzung von Austauschformaten mit der Zivilgesellschaft und öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Rassismus sind ebenfalls positiv zu bewerten, da sie den Raum für den

Austausch und die gegenseitige Stärkung von Rassismuserfahrenen schaffen. Hier sollte eine breite Beteiligung von Betroffenen, Migrant\*innenorganisationen und Vereinen ermöglicht werden.

### **Zu Punkt 2.3.**

Die Maßnahmen der Staatskanzlei zur Förderung von Diversität und rassismuskritischer Sprache in der Landesverwaltung sind wichtig. Die Einbindung verschiedener Aspekte wie Diversität und Rassismuskritik in bestehende Fortbildungsformate sowie die Entwicklung eines Leitfadens für eine rassismuskritische Sprache sind bedeutende Schritte, um das Bewusstsein für Diskriminierung zu schärfen und eine diskriminierungsfreie Arbeitsumgebung zu schaffen.

Die Einbeziehung von Botschafter:innen und Vorbildern in die Nachwuchsgewinnung wird ebenfalls positiv bewertet, da dadurch eine ansprechende und diverse Darstellung der Landesverwaltung gewährleistet wird. Durch ihre Präsenz tragen sie zur Vielfalt und zur Erreichung verschiedener Besoldungsgruppen bei.

Wir begrüßen auch die Schulungen von Beobachtenden in Assessmentcentern, um eine rassismuskritische Perspektive bei der Auswahl von Bewerber:innen sicherzustellen. Es ist wichtig, potenzielle Beobachtungsfehler zu identifizieren und sicherzustellen, dass alle Auswahlverfahren diskriminierungsfrei und fair gestaltet sind.

Es wird empfohlen, das Angebot an Schulungen zur rassismuskritischen Sprache in der Landesverwaltung weiter auszubauen, um sicherzustellen, dass alle Mitarbeitenden über das notwendige Verständnis und die Sensibilität für rassismuskritische Sprache verfügen. Die Zusammenarbeit mit Sportvereinen, die viele junge Mitglieder mit Migrationshintergrund haben, könnte ausgeweitet werden, um noch mehr junge Menschen anzusprechen und zu ermutigen, sich beim Land Schleswig-Holstein zu bewerben.

Insgesamt ist die Gewerkschaft zuversichtlich, dass die Maßnahmen der Staatskanzlei zur Förderung von Diversität und rassismuskritischer Sprache in der Landesverwaltung dazu beitragen werden, eine diskriminierungsfreie und diverse Arbeitsumgebung zu schaffen. Es ist jedoch wichtig, dass die Umsetzung kontinuierlich überwacht und weiterentwickelt wird, um die Effektivität und den Erfolg der Maßnahmen sicherzustellen.

#### **Zu Punkt 2.4.**

Die Einrichtung der Zentralstelle "Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet" bei der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein wird als richtiger Schritt zur Reaktion auf die zunehmende Bedeutung von "Hate Speech" im Internet begrüßt. Es wird jedoch gefordert, dass sowohl die Bekämpfung der Hasskriminalität im Internet als auch das Thema "Rassismus im Gesundheitswesen" kontinuierlich und mit ausreichenden Ressourcen verfolgt werden, um eine effektive und nachhaltige Bekämpfung von Rassismus in diesen Bereichen zu gewährleisten.

#### **Zu Punkt 2.5.**

Das umfangreiche Maßnahmenpaket des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Bekämpfung von Rassismus wird von der Gewerkschaft begrüßt. Besonderes Lob gilt der Sensibilisierung der Lehrkräfte und Schulleitungen für den Umgang mit rassistischer Diskriminierung und der Fortführung des Gewaltmonitorings. Auch die Berücksichtigung des Themas Kolonialismus und die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit werden positiv bewertet.

Die Berücksichtigung des Themas Kolonialismus und die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit sind von großer Bedeutung. Wir sprechen ein großes Lob aus für die Bekanntmachung relevanter Programme und Projekte zum Thema Kolonialismus an Schulen sowie die stärkere Berücksichtigung des Themas in den Fachanforderungen und die Konzipierung von Unterrichtseinheiten. Die verstärkte Fortbildung der Lehrkräfte zum Thema Kolonialismus und die Einrichtung des Runden Tisches "jüdisches Leben und gegen Antisemitismus" werden ebenfalls positiv hervorgehoben. Gleichzeitig betonen wir, dass auch antimuslimischer Rassismus verstärkt in Schulen thematisiert werden muss.

Wir sehen kritisch, dass die Beschäftigung mit solchen Themen nicht in allen Fächern ausdrücklich und systematisch erfolgt. Die Gewerkschaft betont die Bedeutung einer umfassenden und verbindlichen Auseinandersetzung mit solchen Themen in der Lehrkräfteausbildung und schlägt vor, das Thema in den Lehrplänen explizit zu verankern.

Um sicherzustellen, dass die angestrebten Ziele auf nachhaltige Weise erreicht werden können, ist es von hoher Bedeutung, die Maßnahmen kontinuierlich zu überwachen und stetig

weiterzuentwickeln. Dabei ist wesentlich dass die Landesregierung ihre Bemühungen verstärkt und ausreichende Ressourcen bereitstellt, um eine diskriminierungsfreie und rassistisch-kritische Bildung in Schleswig-Holstein zu gewährleisten.

### **Zu Punkt 2.6.**

Die Novellierung des Landesverwaltungsgesetzes, um eine diskriminierungsfreie Identitätsfeststellung sicherzustellen, wird als positiver Schritt bewertet. Die Etablierung einer zentralen Stelle zur Bekämpfung von Rassismus sowie die Durchführung einer fundierten Untersuchung extremistischer und rassistischer Tendenzen innerhalb der Landespolizei werden gleichermaßen als äußerst positiv bewertet.

Es ist jedoch zu betonen, dass die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für das Thema Rassismus und Extremismus kontinuierlich erfolgen sollte. Eine regelmäßige Fortbildung der Polizeikräfte und die Entwicklung präventiver Handlungsempfehlungen zur Stärkung der demokratischen Resilienz sind hier unerlässlich.

Wir unterstützen ausdrücklich die Einrichtung einer ersten Beschwerdestelle für externe Beschwerden im Zusammenhang mit Rassismus in der Landespolizei. Es ist jedoch wichtig sicherzustellen, dass diese Stelle ausreichend bekannt ist und genutzt wird. Eine kontinuierliche Überwachung und Weiterentwicklung der Maßnahmen ist ebenfalls von großer Bedeutung, um sicherzustellen, dass die gesteckten Ziele erreicht werden.

### **Zu Punkt 2.7.**

Wir schlagen vor, dass der Landespräventionsrat weiterhin Fachleute und Akteure zusammenbringt, um Präventionskonzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Das Ziel, die Kriminalität und ihre Folgen in Schleswig-Holstein zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen, unterstützen wir ausnahmslos.

Ebenso begrüßen wir das Landesdemokratiezentrum und seine Bemühungen zur Extremismusprävention, Demokratieförderung und zum interkulturellen Dialog. Es ist wichtig, rechtsstaatsfeindlichen Phänomenen wie Rassismus entgegenzuwirken. Wir vertreten die Ansicht, dass beide Institutionen verstärkt mit Fach- und Hochschulen zusammenarbeiten, um das Bewusstsein für die koloniale Vergangenheit zu stärken. Die Einrichtung eines Facharbeitskreises "Kolonialismus" beim Landesdemokratiezentrum kann dabei helfen, Maßnahmen und Initiativen zu entwickeln, die diese Thematik angemessen berücksichtigen.

Kritisch sehen wir jedoch die noch ausstehende Umsetzung der Maßnahmen 22 und 23 sowie den damit verbundenen Bedarf an weiteren personellen Ressourcen. Wir empfehlen, dass diese Maßnahmen priorisiert und entsprechende Kapazitäten für ihre Umsetzung bereitgestellt werden, um das Ziel einer nachhaltigen Prävention von Rassismus zu erreichen.

#### **Zu Punkt 2.8.**

Wir stellen die Bedeutung der Zertifizierung von außerschulischen Lernorten im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hervor, da diese zur Förderung von Werten wie Partizipation, Solidarität und respektvollem Umgang mit Menschen verschiedener kulturell-religiöser Hintergründe beiträgt. Jedoch kritisieren wir das Fehlen konkreter Informationen zu den Maßnahmen und empfehlen, dass der Informationsbedarf der Mitarbeitende des Ministeriums in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat/Landesdemokratiezentrum ermittelt und möglichst kostenbewusst gedeckt wird.

#### **Zu Punkt 2.9.**

Es ist begrüßenswert, dass interkulturelle Kompetenz sowohl in der Ausbildung als auch bei vorhandenem Personal vermittelt wird und regelmäßige Informationen über den Aktionsplan bereitgestellt werden. Kritisch ist, dass es keine neuen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums gibt und das Potenzial für weiteres Engagement und konkrete Maßnahmen ungenutzt bleibt.

#### **Zu Punkt 2.10.**

Die Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung zum Landesaktionsplan durch den Mittelstandsbeirat ist ein ermutigender Schritt in die richtige Richtung. Jedoch kritisieren wir, dass die Umsetzung weiterer Maßnahmen zur gemeinsamen Erklärung aufgrund anderer Herausforderungen in der Wirtschaft nicht vorrangig behandelt wird und dass aktuell keine Prognose zur Umsetzung weiterer Maßnahmen möglich ist. Es ist wichtig, dass das MWVATT eine feste Ansprechperson für die Umsetzung des Aktionsplans benennt, um einen regelmäßigen Informationstransfer und eine effiziente Umsetzung sicherzustellen.

#### **Zu Punkt 2.11.**

Die Berücksichtigung von Rassismusprävention in den Bildungsleitlinien der Kitas, die Sensibilisierung in Kita-Trägerworkshops sowie die spezifische Fortbildung für Fachberatungen

sind wichtige Schritte zur Förderung einer sensiblen und inklusiven Kita-Umgebung. Kritisch ist, dass die Umsetzung der Maßnahmen 25 und 26 noch aussteht und dass die fehlende personelle Ressource die Verbreitung relevanter Informationen zum Thema Rassismus schwierig macht. Es ist wichtig, dass zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, um die Umsetzung dieser Maßnahmen effizient voranzutreiben

#### **Zu Punkt 2.12.**

Die komba gewerkschaft befürwortet, dass das Ministerium über aktuelle Themen und Umsetzungsschritte informiert wird, um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten. Kritisch sehen wir, dass keine direkten Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des MLLEV im Aktionsplan enthalten sind und das Ministerium daher in Bezug auf Rassismusprävention und -bekämpfung keine direkte Rolle spielt. Es ist wichtig, dass das MLLEV aktiver in den Aktionsplan eingebunden wird, um zur Förderung einer rassismusfreien Gesellschaft beizutragen.

#### **Zu Punkt 2.13.**

Die Prüfung der Angebote der politischen Bildung auf Rassismuskritik sowie die Publikationen zum Thema Rassismus sind zu begrüßen, um das Bewusstsein für Rassismus bei älteren Bevölkerungsgruppen zu stärken. Jedoch vermisst die komba gewerkschaft die fehlende Informationsveranstaltung, die speziell auf den Aktionsplan zugeschnitten ist, und empfiehlt, dass die Elternzeitvertretung für die Umsetzung des Aktionsplans zügig besetzt wird, um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen.

#### **Zu Punkt 2.14.**

Die Durchführung verschiedener Projekte wie der Online-Kampagne "Contentance" und der Veranstaltung mit Hasnain Kazim zeigt das Engagement des Beauftragten für die Förderung von Antirassismus. Wir hinterfragen, warum der Zuständigkeitsbereich des Beauftragten nicht direkt in den im Aktionsplan genannten Maßnahmen enthalten ist und dadurch die Möglichkeit einer gezielteren Umsetzung eingeschränkt wird. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Zuwanderungsbeauftragten und anderen Ämtern und Institutionen zur kontinuierlichen Umsetzung des Aktionsplans fortgesetzt wird.

### **Zu Punkt 2.15.**

Dies ist ein wichtiger Schritt, um Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit Rassismus effektiv anzugehen. Wir empfehlen, die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern und Institutionen zu intensivieren, um eine effektive Bekämpfung von Rassismus zu gewährleisten. Des Weiteren sollten die Anstrengungen zur Sensibilisierung von vorhandenen Ansprechstellen für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im Bereich Rassismus verstärkt werden. Zudem empfehlen wir, die Möglichkeiten einer niedrigschwelligen Beschwerdestelle zu prüfen, um Betroffene außerhalb des AGG besser zu schützen. Schließlich sollten geeignete Schulungen und Fortbildungen zur Rassismuskritik für Mitarbeitende angeboten werden, um ihre Sensibilität für Diskriminierung und Prävention von Rassismus zu stärken.

### **Zu Punkt 3.**

Die komba gewerkschaft betont, dass die bereits umgesetzten Maßnahmen im Handlungsbereich der Landesregierung einen positiven Fortschritt darstellen. Jedoch bemängeln wir dass die Sensibilisierung und Information der Mitarbeitenden im eigenen Zuständigkeitsbereich noch ausbaufähig ist und Informationsveranstaltungen aufgrund von Pandemiebedingten Einschränkungen bislang nur begrenzt stattfinden konnten. Zudem empfehlen wir, das Angebot für Sensibilisierungsworkshops für die Mitarbeiter:innen verstärkt zu nutzen und auszuschöpfen, um die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen zu fördern. Es ist wichtig sicherzustellen, dass alle Ressorts und Landesbeauftragten des Aktionsplans feste Ansprechpersonen haben, um eine effektive Umsetzung zu gewährleisten.

Um eine fehlende Finanzierung zu vermeiden, ist eine klare Budgetierung notwendig, um die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus sicherzustellen. Zudem sollten externe Förderquellen aktiviert und Förderprogramme auf nationaler und EU-Ebene genutzt werden. Hierfür sollten mögliche Fördermittel identifiziert und Anträge gestellt werden, um zusätzliche Mittel zu gewinnen. Kooperationen mit anderen Organisationen oder Stiftungen können ebenfalls dabei helfen, die Unterstützung für diese Maßnahmen zu erweitern und abzusichern.

Um einen reibungslosen Informationsaustausch zu gewährleisten, sollte eine zentrale Koordinationsstelle oder ein spezifisches Projektteam eingerichtet werden. Diese Instanz wäre verantwortlich für die Kommunikation und Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren und Ressorts. Durch regelmäßige Meetings, digitale Plattformen oder Newsletter kann

ein effektiver Informationsaustausch sichergestellt werden, um sicherzustellen, dass alle Beteiligten auf dem neuesten Stand sind.

Die Einbeziehung einer breiten Gruppe von Interessengruppen wird dazu beitragen, den Informationsfluss zu verbessern und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz sicherzustellen. Experten, Vertreter der Zivilgesellschaft, Betroffene und andere relevante Personen sollten eingebunden werden, um unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen zu berücksichtigen. Dies hilft, Missverständnisse oder Informationslücken zu vermeiden und reduziert das Risiko, dass eine bestimmte Meinung aufgezwungen wird.

Abschließend ist der komba gewerkschaft wichtig zu betonen, dass die finanziellen Herausforderungen und der Informationsfluss große Anstrengungen erfordern, um sicherzustellen, dass der Landesaktionsplan keine leeren Worte bleiben. Transparente Kommunikation, effiziente Ressourcenallokation und kontinuierliche Überwachung der Umsetzung sind entscheidend, um diese Kriterien erfolgreich anzugehen und zu verbessern. Eine solide Projektplanung sowie fortlaufende Überwachung, Anpassung und Optimierung der Maßnahmen sind notwendig, um sicherzustellen, dass die beabsichtigte Wirkung tatsächlich erreicht wird.

Wir freuen uns, wenn unsere Anmerkungen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Sehleier

-Leiter der Geschäftsstelle-